



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Mindestpreise für Milch einführen - Milchmarkt stabilisieren

Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest:

Die aktuelle Lage am Milchmarkt ist für landwirtschaftliche Unternehmen äußerst kritisch.

Dem zurzeit realisierten Milchpreis von 26 bis 28 Cent pro Liter Milch stehen Kosten von 36 bis 40 Cent gegenüber. Das gefährdet, unabhängig von der Unternehmensgröße, zunehmend die Existenz von Milch produzierenden Betrieben. Ein Milchmarktkrisenmanagement ist daher zur Milchpreisstabilisierung unbedingt erforderlich.

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Markt- und Milchpreisstabilisierung zu initiieren und dabei folgende Zielstellung zu verfolgen:
 1. Ein Anreizsystem für landwirtschaftliche Betriebe einzuführen, damit diese im Krisenfall ihre Milchproduktion reduzieren, um eine Marktentlastung herbeizuführen.
 2. Die Einführung von kostendeckenden Mindestpreisen für Milch zu prüfen und
 3. einen möglichen Risikoausgleich im Steuerrecht, steuerfreie Rücklagen für landwirtschaftliche Unternehmen zu verankern.
- II. Die Landesregierung ermöglicht auf Antrag von landwirtschaftlichen Unternehmen mit Liquiditätsproblemen, unbürokratisch die Senkung der Steuervorauszahlung.

Die Drucksache 6/4351 wird hiermit für nichtig erklärt.

(Ausgegeben am 16.09.2015)

Begründung

Die Erlöse der Milchproduktion decken seit Monaten nicht mehr die Kosten. Nach Angaben des Landesbauernverbandes fährt jede Milchkuh im Land Sachsen-Anhalt durchschnittlich ein Minus von 1.000 Euro jährlich ein. Für die Milchviehhalter in Sachsen-Anhalt ergeben sich so etwa 127 Millionen Euro Verlust. Um dieser ruinösen Entwicklung Einhalt zu gebieten, ist eine Markt- und Milchpreisstabilisierung erforderlich.

Das bestehende Sicherheitsnetz im EU-Milchmarkt reicht derzeit nicht aus, um den Milchmarkt im Krisenfall zu stabilisieren. Neben der privaten Lagerhaltung, den Interventionen und Exporterstattungen ist eine honorierte Reduzierung der Milchproduktion und die Einführung eines kostendeckenden Mindestpreises erforderlich.

Nur so kann den Milchviehbetrieben eine Zukunftsperspektive geboten und ihre Stellung gestärkt werden. Denn das krisenbedingte Risiko darf nicht einseitig seitens der Erzeuger getragen werden.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender